



Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie einen neuen Newsletter zur Landespolitik von mir.

Wie gewohnt möchte ich Ihnen mit diesem Newsletter einige aktuelle landespolitische Themen näherbringen. Ein Thema dieses Mal die Umstrukturierung der Plan von Rot-Grün, das Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung umzustrukturieren, um so Platz für die überflüssigen Landesbeauftragten zu schaffen.

Außerdem geht es um Änderungen im Vergaberecht, die rot-grün beschlossen hat und die für mehr Bürokratie und höhere Kosten stehen.

Letztlich soll es noch um den Untersuchungsausschuss im Skandal Paschedag-Meyer-Weil.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen des Newsletters und freue mich über Rückmeldungen von Ihnen!

Herzlichst, Ihr


Reinhold Hilbers

Rot-grüne LGLN-Umstrukturierung sind sinnlos

Die von der Landesregierung geplante Umstrukturierung des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung (LGLN) sind für Niedersachsen schädlich. Was SPD und Grüne verharmlosend Umstrukturierung nennen, kommt tatsächlich einer Zerschlagung der bewährten LGLN-Struktur gleich. Das alles wird nur gemacht, damit Rot-Grün seine völlig überflüssigen Landesbeauftragten installieren kann.

Der Umgang der rot-grünen Landesregierung mit den LGLN-Mitarbeitern ist respektlos und unverschämt: Da wird mal eben der Standort

Hannover geschlossen und nach Hildesheim verlegt, die Mitarbeiter werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Wenn es allerdings darum geht, konkret die zukünftige Struktur des LGLN mit seinen 3200 Beschäftigten zu skizzieren, zuckt man bei SPD und Grünen mit den Schultern. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Grant Hendrik Tonne, räumt sogar unumwunden ein, es sei bei dem Thema schwierig zu sagen, wohin die Reise geht' (Diepholzer Kreiszeitung, 26.Oktober).

Noch immer ist völlig unklar, welche Aufgaben die so genannten Landesbeauftragten übernehmen sollen, derentwegen das LGLN zerpfückt wird. Es gibt keine Aufgabenkritik, Landtag und kommunale Spitzenverbände sind bei diesem Thema außen vor. Offenbar geht es bei den Landesbeauftragten in erster Linie um die Schaffung gut dotierter Versorgungsposten verdienter Parteigänger von Rot-Grün.

Verheerend ist die Pseudo-Reform auch mit Blick auf die neue EU-Förderperiode. SPD und Grüne haben ein heilloses Chaos angerichtet, das den ländlichen Gebieten in der neuen Förderperiode spürbar schaden wird. Wenn die Landesregierung tatsächlich Verantwortung für die ländlichen Regionen Niedersachsens übernehmen will, stoppt sie diese Umstrukturierung umgehend. Es leuchtet einfach nicht ein, warum man zur Verteilung von weniger EU-Mitteln zukünftige eine neue Behörde und mehr Personal benötigt.

Rot-grünes Vergabegesetz ist Desaster für Niedersachsens Wirtschaft und Kommunen

Die mit den Stimmen der rot-grünen Regierungsfractionen verabschiedete Novellierung des Landesvergabegesetzes ist ein Schritt zurück. Der Gesetzentwurf ist schädlich für Wirtschaft und Kommunen in Niedersachsen. Er führt zu mehr Bürokratie und höheren Kosten für Unternehmen und Kommunen. SPD und Grüne haben den Wunsch vieler Verbände nach einem

anwendungsfreundlichen Vergabegesetz schlicht ignoriert.

Bereits im Rahmen der Verbandsanhörung von Wirtschaftsverbänden wurde der rot-grüne Gesetzentwurf als „nicht zumutbar“, „mittelstandsfeindlich“ und „wettbewerbsverzerrend“ bewertet. Auf Kritik stießen vor allem die zahlreichen im Gesetz enthaltenen sachfremden Kriterien und Nachweispflichten für Vergaben, die zusätzliche Bürokratie verursachten. Gerade für kleine Mittelständler und Handwerksunternehmen wirken diese zusätzlichen bürokratischen Hürden abschreckend – viele von ihnen werden künftig auf eine Angebotsabgabe bei öffentlichen Aufträgen verzichten. Zudem ist ein erhöhter Beratungsbedarf absehbar, da viele kleine Mittelständler Rechtsunsicherheiten durch das novellierte Gesetz befürchten.

Bedauerlich ist auch, dass der Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion, der Ausnahmen im Anwendungsbereich unter anderem bei Verkehrsleistungen gefordert und zahlreiche Verbesserungsvorschläge für Wirtschaft und Kommunen enthalten hat, von Rot-Grün ohne Gründe abgelehnt wurde. Durch das Gesetz entstehende Mehrkosten sind mit keinem Cent in den Haushaltsberatungen berücksichtigt. Die kommunalen Spitzenverbände haben das rot-grüne Vergabegesetz während des Beratungsverfahrens scharf kritisiert. Nach ihren Berechnungen entstehen durch den erhöhten Verwaltungsaufwand und die Verteuerung der Vergabeverfahren kurzfristig Mehrkosten von 70 Millionen Euro. Das wird die Landesregierung künftig kompensieren müssen.

Akten-Wirrwarr beeinträchtigt Untersuchungsausschuss

Mit der letzten Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Fall Paschedag hat sich ein Eindruck der CDU bestätigt: Die Landesregierung hat offenkundig kein Interesse, dass die Wahrheit in der Affäre Paschedag-Meyer-Weil ans Licht kommt. Im Gegenteil: Wichtige Informationen sollen anscheinend vor dem Parlament und der Öffentlichkeit zurückgehalten werden.

Wie die Landesregierung inzwischen einräumen musste, sind ihr massive Fehler bei der Aktenkennzeichnung passiert. Demnach sind zahlreiche vom Untersuchungsausschuss beantragte Akten fälschlicherweise als

„vertraulich“ eingestuft worden. Andere als vertraulich gekennzeichnete Akten seien dem Untersuchungsausschuss ohne Hinweis auf die Vertraulichkeit bereitgestellt worden. Die Begründungen, mit der Akten zurückgehalten werden, fehlten teilweise oder sind schlichtweg falsch. Die vorgelegten Akten entsprechen nicht einmal dem eigenen rot-grünen Kabinettsbeschluss. Die Landesregierung hat in einer Mischung aus Unfähigkeit und Kaltschnäuzigkeit bei der Aktenbereitstellung ein unglaubliches Wirrwarr angerichtet, das die Arbeit des Untersuchungsausschusses stark beeinträchtigt. Dazu passt es auch, dass Rot-Grün sich entgegen jeder Logik und rechtsstaatlicher Fairness geweigert hat, Ex-Staatssekretär Paschedag als ersten Zeugen zu hören. Die Terminierung der Zeugenbefragungen wurde stattdessen nach Gutsherrenart mit Einstimmenmehrheit durchgedrückt.

Rot-Grün muss aufhören, das Parlament wie einen lästigen Störenfried zu behandeln. Es gibt ein verfassungsmäßig garantiertes Auskunftsrecht des Parlaments - dem muss die Regierung Weil endlich nachkommen.